



Bundesministerium  
für Verkehr,  
Innovation und Technologie

An die  
Präsidentin des Nationalrates  
Doris Bures  
Parlament  
1017 Wien

GZ. BMVIT-13.000/0001-I/PR3/2017  
DVR:0000175

Wien, am 14. April 2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Rossmann, Freundinnen und Freunde haben am 15. Februar 2017 unter der **Nr. 11873/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Einsparungen und Kürzungen in der Verwaltung und bei den Förderungen im Jahr 2016 gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 7:

- Wie hoch war der Gesamtbetrag der Einsparungen im Verwaltungsbereich bzw. bei den Förderungen zur Gegenfinanzierung im Jahr 2016?
- Welche konkreten Vorgaben hat Ihnen das Finanzressort diesbezüglich gemacht?
- Wie hoch waren die Einsparungen im Verwaltungsbereich in Ihrem Ressort im Jahr 2016?
- Wie hoch waren die Förderungskürzungen in Ihrem Ressort im Jahr 2016?
- Welche konkreten Sparmaßnahmen in der Verwaltung wurden 2016 umgesetzt?
- Welche budgetären Effekte hatten die gesetzten Maßnahmen im Jahr 2016?  
(Bitte um Angabe des eingesparten Betrags pro Maßnahme.)
- Welche konkreten Förderungen wurden von Ihrem Ressort in welcher Höhe im Jahr 2016 gestrichen bzw. gekürzt? (Bitte um Angabe der finanziellen Wirkung je Förderung.)

Die im Rahmen des BFRG 2016-2019, inklusive Novelle BGBl. I Nr. 34/2016 umgesetzte Einsparung seitens des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie beträgt für

die UG 41 in Summe 264,260 Mio.€ und für die UG 34 in Summe 4,084 Mio.€. Diese Einsparungen ergeben sich aus der Kürzung von sogenannten „Ermessensausgaben“ und einer Fülle unterschiedlicher Verwaltungsreformmaßnahmen welche auch bereits gesetzt wurden und nun zum Ergebnis der Einsparungen beitragen. Dies sind beispielsweise identifizierte Maßnahmen aus der Aufgaben und Deregulierungskommission – ADK ebenso wie Ergebnisse der Aufgabekritik im bmvit, Standortkonzentration, Reform der Bundesanstalt für Verkehr mit der Konzentration auf Kernaufgaben und Übergabe der mobilen Fahrzeugprüfung an die ASFINAG (Nutzung von Synergien), Einsparungen im Personalbereich, Optimierung von Verfahrensabläufen und der Struktur, Kompetenzoptimierung zwischen Bund und Ländern im eigenen Zuständigkeitsbereich und nicht zuletzt auch wesentliche Einsparungen bei den ÖBB.

Mag. Jörg Leichtfried

